



# Für einen leichteren Zugang zum Landtag

### Änderungen der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags auch zum Nutzen der Bürger

**Dass Änderungen der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags (GOLT) keine reine „Selbstbeschäftigung“ sind, zeigt deren im Dezemberplenium verabschiedete Überarbeitung. Eine Landtags-Geschäftsordnung soll zwar vorrangig interne Arbeitsabläufe des Parlaments möglichst transparent und konfliktfrei regeln, daher beziehen sich viele Änderungen auf diese „Logistik“. Doch einige Neuerungen weisen über den Bereich der „Binnenregelungen“ hinaus und bringen Bürgerinnen und Bürgern leichteren Zugang zum Landtag und Verbesserungen bei der Bearbeitung ihrer Anliegen.**

Nach Landtagswahlen wird künftig der neue Petitionsausschuss schon in der ersten Sitzung des „neuen“ Landtags nach der Landtagswahl gebildet. Innerhalb eines Monats hat der Petitionsausschuss dann seine praktisch-inhaltliche Arbeit aufzunehmen.

Denn das Recht, Petitionen an den Landtag zu richten, ist nach Artikel 14 der Landesverfassung ein Grundrecht. Es gilt jederzeit ohne Rücksicht auf Wahlen. Bei vielen Petitionen kommt es darauf an, dass sich der Landtag zügig um die Angelegenheit der Betroffenen kümmert, soll wirksame Hilfe tatsächlich noch möglich sein. Der rot-rot-grünen Koalition ist es daher besonders wichtig, dass es nicht mehr zu den zu Recht kritisierten Verzögerungen kommt wie im Herbst 2014. Nach

der alten Geschäftsordnung war der Petitionsausschuss für die laufende 6. Wahlperiode zusammen mit den anderen Fachausschüssen und erst in zeitlicher Nähe zur Regierungsbildung vom Landtag eingesetzt worden. Das führte zu einem massiven Bearbeitungsstau bei Petitionen.

Als weitere Änderung wurde auch das Online-Diskussionsforum des Landtages – zu finden auf dessen Internetseite – in der GOLT verankert. In diesem Forum können Bürgerinnen und Bürger mit eigenen Beiträgen und Vorschlägen Stellung nehmen zu Gesetzgebungsverfahren und Gesetzentwürfen, die der Landtag in Arbeit hat.

#### „Baustelle“ generelle Öffnung der Ausschusssitzungen

In der Plenardebatte bezeichnete André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der LINKE-Fraktion, diese Änderung als wichtigen Baustein, gab aber zu bedenken, dass die neue Regelung auch weiter mit Leben gefüllt werden müsse. Noch mehr Menschen als bisher müssten durch Information und Werbung motiviert werden, sich an der Diskussion im Online-Forum zu beteiligen. Dieser inhaltliche Austausch zwischen parlamentarischem und außerparlamentarischem Bereich ist wichtig für eine praktisch wirksame Gesetzgebung.

In Sachen Transparenz und Öffentlichkeit bleibt aber noch die „Baustelle“ der generellen Öffentlichkeit von

Ausschuss-Sitzungen. Dazu ist eine Änderung des Artikels 62 der Landesverfassung notwendig und damit eine Zweidrittel-Mehrheit. Die LINKE wird innerhalb der Koalition dieses Thema weiterverfolgen.

#### Beteiligung an Verfahren vor dem Verfassungsgericht

Eine dritte Neuerung betrifft die Beteiligung des Landtages an Verfahren vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof und dem Bundesverfassungsgericht. Bisher war es üblich, dass die Frage, ob und welche Stellungnahme vom Landtag in solchen Verfahren abgegeben wird, allein im Arbeitsbereich des Landtagspräsidenten geregelt wird. In anderen Landtagen wie dem bayerischen ist das gesamte Parlament in das Verfahren eingebunden.

Dies auch mit Blick darauf, dass eine Stellungnahme in einem Gerichtsverfahren immer als Äußerung des gesamten Gremiums gilt. In der neuen Geschäftsordnung findet sich nun ein vergleichbares Verfahren. Der Justizausschuss als für Verfassungsfragen zuständiger Ausschuss begleitet die verfassungsgerichtlichen Verfahren inhaltlich mit und das Plenum ist informatorisch angeschlossen. Der Landtagspräsident vertritt dann den Landtag als Gesamtgremium wie bisher vor Gericht, wobei die Neuregelung der GOLT eine Begleitung durch andere Abgeordnete in „beratender Funktion“ ermöglicht. *Sandra Steck*

## KOMMENTIERT:

von Dr. J. Scheringer-Wright

### Der falsche Weg

*Das Umweltbundesamt forderte jetzt aus Klimaschutz-Gründen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Tierprodukte wie Milch und Fleisch. Sie sollten mit den regulären 19 Prozent besteuert werden. Dies ist mit Sicherheit der falsche Weg. Die Mehrwertsteuer ist an sich eine sozial ungerechte Steuer, weil sie Menschen mit niedrigen Einkommen viel stärker belastet. Deshalb gibt es auf Produkte, die das Dasein sichern, wie z.B. Nahrungsmittel, einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer insbesondere auf Grundnahrungsmittel, wie Milch und Milchprodukte, gefährdet auch die ausgewogene Ernährung von Menschen mit wenig Geld. Natürlich ist es notwendig, gerade den übermäßigen Konsum von Fleisch einzuschränken. Das wird durch Aufklärung und Gesundheitsvorsorge eher erreicht, als durch undifferenzierte Steuererhöhungen. So sollte mit der „Ökosteuern“ der Energieverbrauch gesenkt und der Individualverkehr reduziert werden. Inzwischen stagniert der Energieverbrauch und noch nie gab es so viel Kraftfahrzeug- und Flugverkehr.*

*Um Klimaschutz in der Ernährungswirtschaft voranzubringen, müssen die Ursachen der klimaschädlichen Produktionsweise beseitigt werden. Notwendig ist eine Ökologisierung und Regionalisierung der landwirtschaftlichen Produktion. Die Tiere sollten mit regional angebauten Futtermitteln gefüttert werden. Klimaschädliche Transporte werden vermieden und der Raubbau in Drittländern eingeschränkt. Zudem muss die Düngung reduziert werden. Wir müssen hin zu nachhaltigen Erträgen, die die Ernährung sichern, aber gleichzeitig das Klima und die Umwelt schützen.*

*Dies ist nur möglich, wenn es eine Abkehr von der Exportorientierung der Land- und Ernährungswirtschaft gibt, also einen Bruch mit dem kapitalistischen Wachstumszwang. Auch die Ernährungsbranche muss reguliert werden, damit Transporte eingeschränkt und gesunde Nahrungsmittel bevorzugt angeboten werden. Alle Menschen haben ein Recht auf eine gesunde Ernährung, unabhängig von ihrem Einkommen. Eine beitragsfreie und flächendeckende Kita- und Schulverpflegung, die eine gute Ernährung an für alle Kinder sichert, wäre der richtige erste Schritt zu mehr Verbraucherbewusstsein.*

## AKTUELL

### Probleme mit CDU-Volksbegehrenshürden lösen

Am 14. Dezember hatte Landtagspräsident Christian Carius den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens ‚Selbstverwaltung für Thüringen‘ für zulässig erklärt. „Diese Entscheidung war so zu erwarten, da der Landtagspräsident grundsätzlich nur ein formales Prüfungsrecht zu Volksbegehren hat. Eine inhaltliche Prüfung steht praktisch alleine dem Thüringer Verfassungsgerichtshof zu“, erklärte dazu Anja Müller Sprecherin für Bürgerbeteiligung der Linksfraktion.

„Davon unabhängig kann der Landtag jederzeit die gesetzlichen Regeln zur Durchführung von Volksbegehren verändern, allerdings bedarf es dazu einer Zwei-Drittel-Mehrheit zur Änderung der Verfassung. Bisher wurde das von der CDU abgelehnt. Hinzu kommen zahlreiche Klagen von CDU-

Landesregierungen gegen Volksbegehren, z.B. zu direkter Demokratie, besseren Kitas oder sozialer gestalteten Kommunalabgaben. Dies führte zur konservativsten Verfassungs-Rechtsprechung gegen direkte Demokratie in ganz Deutschland. Daher ist nun auch die Situation beim Umgang mit dem Volksbegehren zur Gebietsreform alles andere als einfach.“

Auch der CDU sei in Wirklichkeit bewusst, dass Thüringer Landesregierungen zur Einhaltung der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung verpflichtet seien. Das hätte die CDU bei früheren Klagen gegen Volksbegehren doch auch immer betont.

„Umso verwunderlicher und entlarvender ist es nun, wenn sie jetzt von der rot-rot-grünen Landesregierung statt eines verfassungsrechtlich kor-

rekten Umgangs mit den weiteren Verfahrensschritten verlangt, es solle nun nach einem hemdsärmeligen rein politischen ‚Wünsch-Dir-Was-Katalog‘ zu gehen“, so die LINKE-Abgeordnete.

„Wenn die CDU nun am eigenen Leibe merkt, wohin ihre frühere Blockadepolitik in Sachen direkter Demokratie geführt hat, sollte sie auch die richtigen Konsequenzen daraus ziehen.“

Dazu gehört vor allem: Die CDU sollte auf die seit Jahren parlamentarisch wie außerparlamentarisch erhobenen Forderungen nach Abschaffung des Finanz- und Abgabenvorbehalts bei Volksbegehren und den Abbau weiterer Demokratiehürden endlich eingehen und ihre Stimmen für die zur Verfassungsänderung notwendigen Zweidrittel-Mehrheit geben“, sagte Anja Müller.

## KURZ UND PRÄGNANT

### Haltlos und unverschämt

„Der durch den CDU-Landtagsabgeordneten Mario Voigt erhobene Vorwurf, dass die Bedarfszuweisungen für notleidende Kommunen nach Parteibuch bewilligt werden, ist haltlos und unverschämt. Ich fordere ihn auf, diesen Vorwurf unverzüglich zurückzunehmen“, sagte der Kommunalpolitiker der Fraktion DIE LINKE Frank Kuschel.

Aus der Liste der Gemeinden und Landkreise, die im Jahr 2016 Bedarfszuweisungen beantragt und erhalten haben, geht klar hervor: 30 Gemeinden haben einen parteilosen Bürgermeister, 14 Bürgermeister sind Mitglieder der CDU, neun Bürgermeister bzw. zwei Landräte haben ein SPD-Parteibuch und lediglich zwei sind Mitglieder der LINKEN. „Herr Voigt hätte sich mal in seiner eigenen Fraktion erkundigen können. So hat zum Beispiel die Gemeinde Donndorf, deren Gemeindeoberhaupt die CDU-Landtagsabgeordnete Gudrun Holbe ist, im Jahr 2016 knapp 500.000 Euro Bedarfszuweisungen erhalten“, so der LINKE-Landtagsabgeordnete.

Dass überhaupt in der Größenordnung einer dreistelligen Millionen-summe Bedarfszuweisungen von Thüringer Kommunen, wie der Gemeinde Donndorf mit gut 800 Einwohnern, beantragt worden seien, „ist Beleg für die strukturelle Schwäche der kommunalen Landschaft in Thüringen und das Ergebnis der jahrelangen Blockadepolitik der damals regierenden CDU. Sie hat nachhaltige Reformschritte zur Stärkung der kommunalen Leistungsfähigkeit verhindert.“ ■

# R2Gdigital: Die digitale Zukunft Thüringens

**Dass die Digitalisierung unserer Gesellschaft vielfältige Auswirkungen nach sich zieht, ist inzwischen unstrittig. Enthusiasten feiern, dass zukünftig alle Geräte und Maschinen intelligent und sich weitgehend selbststeuernd werden – vom Industrielaser bis zum heimischen Kühlschrank. Kritiker warnen vor unkontrollierbaren Auswirkungen, etwa durch die Anhäufung enormer Datenmengen über unser Nutzerverhalten (Big Data) oder eine extrem flexibilisierte Arbeitswelt voller Solo-Selbstständiger, die durch keinen Tarifvertrag mehr geschützt werden können und deren Selbstständigkeit vor allem Selbstausbeutung bedeutet.**

Positive wie negative Effekte sind – wie bei jeder neuen Entwicklung – nachweisbar. Die Beschleunigung unserer Kommunikation lässt junge Menschen fragen, wie denn ihre Eltern ohne Internet überhaupt leben können, gleichzeitig leiden immer mehr Menschen im Beruf unter stressbedingten Krankheitsbildern, und Geheimdienste und große Internetkonzerne freuen sich über die Datenspur eines jeden in der digitalen Welt.

Eines ist klar: Politik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu setzen, die neue Entwicklungen nicht verhindern, jedoch Eingriffe in Bürgerrechte und andere Gefahren von den Nutzenden aber auch Unternehmen (Stichwort: Wirtschaftsspionage) fernhalten.

Rot-Rot-Grün (digital-klassisch auch kurz R2G genannt) hat sich schon 2014 bei der Regierungsbildung mit einem Ministerium für Wirtschaft, Wis-



senschaft und Digitale Gesellschaft zu dieser politischen Verantwortung bekannt. Seitdem ist einiges geschehen: In Gera läuft ein dreijähriges Pilotprojekt für kommunales kostenfreies WLAN, derzeit prüft die Landesregierung auf Beschluss des Landtages, auf welchen Landesimmobilien Freifunk installiert werden kann, um ein Bürgernetz von unten zu stärken.

In der Wirtschaftsförderung werden mit dem umfassenden Breitbandausbau die Grundlagen für landesweites schnelles Internet gelegt und Sonderförderpotöpfe für die „Wirtschaft 4.0“ gebildet. Zudem wird noch im Jahr 2017 eine Digitalisierungsstrategie für Thüringen aufgelegt. Doch reicht das, um von einer Entwicklung für eine digitale Gesellschaft zu sprechen?

Die Koalitionsfraktionen hatten daher eine Fachkonferenz veranstaltet, um dem Themenfeld Digitale Gesell-

schaft noch mehr Kontur zu geben. Neben den etwa 70 Teilnehmenden vor Ort konnten auch Nicht-Angereiste via Internet die Konferenz am 12. Dezember live verfolgen. Nach den Grußworten vom Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee und des Landesdatenschutzbeauftragten Dr. Lutz Hasse folgten hochkarätige Vorträge von Frank Rieger (Ko-Sprecher des Chaos Computer Club) zum Internet als Bestandteil einer modernen Daseinsvorsorge und von Anne Wizorek zum Thema Gender und Web mit dem Schwerpunkt auf Hass-Postings und virtuelle Gewalt.

In vier Arbeitsgruppen wurden zu Fragen des Datenschutzes, der digitalen Bildung und Arbeitswelt sowie des ländlichen Raums im digitalen Zeitalter diskutiert und Forderungen an die Politik entwickelt. Ins Abschlusspodium flossen die Ergebnisse der Workshops dann direkt ein: die drei Netzpolitikerinnen von Rot-Rot-Grün diskutierten mit den zuständigen Staatssekretären aus dem Wirtschafts- und dem Finanzministerium unter der Moderation der Netzaktivistin Julia Schramm entlang der erarbeiteten Resultate über Aufgaben und Möglichkeiten der Landespolitik. Hier wurde neben vielen Übereinstimmungen auch deutlich, dass gerade das Wollen der rot-rot-grünen Netzpolitikerinnen immer wieder auch ein wenig an den Mühlen der (ministerialen) Bürokratie hängen zu bleiben scheint.

Welches Fazit lässt sich also ziehen nach zwei Jahren R2G-Netzpolitik?

Einiges ist auf dem Weg, aber es sind auch noch größere Baustellen abzuräumen. Die Einladung des Wirtschaftsstaatssekretärs Georg Maier, sich in den Entwicklungsprozess der Digitalisierungsstrategie dieses Jahr in zahlreichen Foren einbringen zu können, scheint hier ein erster guter Weg zu handfesten Lösungen zu sein.

Thomas Völker  
Foto: Peter Lahn

Die Konferenzmitschnitte finden sich unter [http://www.die-linke-thl.de/themen/themen\\_a\\_z/a\\_d/digital\\_konferenz\\_r2g/](http://www.die-linke-thl.de/themen/themen_a_z/a_d/digital_konferenz_r2g/) zum Nachschauen. ■

## Gebietsreform - Chancen und Risiken in Bad Salzungen diskutiert

**Der Start der Veranstaltungreihe „Gebietsreform – Chancen und Risiken“ der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE fand am 13. Dezember in Bad Salzungen statt.**

Die Wahlkreisabgeordnete Anja Müller begrüßte die etwa 50 Gäste aus Kommunalpolitik, Wirtschaft, Sozialverbänden und interessierten Bürgerinnen und Bürgern im Kurhausrestaurant. Der Kommunalexperte der Landtagsfraktion Frank Kuschel referierte in einem Input-Vortrag über den aktuellen Stand der Reform und die sich aus dem Vorschaltgesetz ergebenden Möglichkeiten für die Region zwischen Treffurt und Kaltennordheim.

Verwaltungsstrukturen und Gebietskörperschaften sollen durch die Reform leistungsfähiger werden, um die kommunale Selbstverwaltung auch bei zurückgehenden Mitteln garantieren zu können. In der anschließenden zweistündigen Diskussion wurden viele Fragen gestellt, diskutiert und beantwortet. So ist die Reform für die Thüringer Rhön eine Möglichkeit, wieder in eine gemeinsame Verwaltungsstruktur zu-



rückzukehren. Schwerpunkt der Diskussion zur Kreisreform ist die Verfahrensweise der Rückkreisung von Eisenberg in den Wartburgkreis.

Viel Gesprächs- und Vermittlungsbedarf sahen die Fragesteller bei dem Übergang der Verwaltungsgemeinschaften in Einheits- oder Landgemein-

den. Die Landtagsfraktion steht hierzu gerne als Vermittler zwischen den Akteuren vor Ort und der Landesebene bereit, betonte Anja Müller zum Abschluss der Diskussion. Die nächste Veranstaltung findet am 12. Januar in Saalfeld statt.

Markus Gleichmann ■

# Mehr als ein Drittel in atypischer Beschäftigung

Jahresauftakt-Pressegespräch der Linksfraktion galt erneut der Arbeitsmarktpolitik

Beim traditionellen Pressegespräch zum Jahresauftakt, zu dem Ina Leukefeld am 4. Januar in den Landtag eingeladen hatte, stand die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Blickpunkt. Die Abgeordnete der Linksfraktion sprach gegenüber den Journalisten erfreuliche und problematische Entwicklungen an. So stehen in Thüringen der niedrigsten Arbeitslosenquote in Ostdeutschland (6,3 Prozent) 26.000 Menschen gegenüber, die langzeitarbeitslos sind.

Und das sind immer noch 38 Prozent aller Arbeitslosen, auch wenn es hier gegenüber dem Jahr 2008 einen Rückgang von über 43 Prozent gab. Die LINKE Arbeitspolitikerin, der die öffentlich geförderte Beschäftigung schon immer ein wichtiges Anliegen war, verwies auf die Programme der rot-rot-grünen Landesregierung und die dafür eingesetzten Landes- und Bundesmittel, von denen aktuell 8.000 Menschen im Freistaat profitieren.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der enormen Veränderungen in der Arbeitswelt legte die Landespolitikerin ein Sieben-Punkte-Papier vor. Unter den Vorschlägen die Forderung nach einem Mindesthonorar für die wachsende Zahl von Soloselbstständigen. Ein Thema, zu dem die Landtagsfraktion vor wenigen Monaten gemeinsam mit Dietmar Bartsch, dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, eigens eine Diskussionsveranstaltung in Erfurt durchgeführt hatte.

Ina Leukefeld machte auf die positive Lohnentwicklung aufmerksam. Von der Einführung des Mindestlohns haben 200.000 Thüringer profitiert, 20 Prozent aller Beschäftigten, drei Viertel von ihnen sind Frauen.

Trotzdem gehören aktuell immer noch mehr als 6.000 voll Erwerbstätige in Thüringen so den sogenannten Auf-

stockern, müssen zusätzlich unterstützende Leistungen beantragen. Und mit einem Anteil von 57,6 Prozent bilden Arbeitslose die größte Gruppe der von Armut Betroffenen.

Hinzu kommt: mehr als ein Drittel aller Beschäftigten befinden sich in atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Das sind Minijobs, unfreiwillige Teilzeit (hier vor allem auch Frauen), Leiharbeit und Werkverträge sowie Honorararbeit vor allem auch im digitalen Bereich.

## Aus dem Sieben-Punkte-Papier mit Vorhaben für 2017

1. Einfluss auf die Bundesregierung und im Bundestagswahlkampf ausüben zur Entwicklung und Einführung eines Mindesthonorars für Soloselbstständige; dabei geht es auch um sogenannte Crowd- und Clickworker (Internetnutzer, die nach dem Prinzip des Paid Crowdsourcing freiberuflich für Unternehmen arbeiten)

2. Druck auf die Bundesregierung und im Bundestagswahlkampf zur Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung des Passiv-Aktiv-Transfers; damit kann Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert werden, wofür alle Geldmittel, die ein Hartz IV-Empfänger erhält, zusammengefasst werden, sodass sozialversicherungspflichtige Stellen entstehen (erste Projekte gibt es im Ilm-Kreis und im Kreis Altenburger Land)

3. Erarbeitung eines Angebotes in Thüringen zur Förderung von Genossenschaften in allen Bereichen, insbesondere als Alternative für Soloselb-

ständigkeit

4. Präzisierung der Thüringer Armutsstrategie durch komplexe Umsetzung einer Arbeits- und Beschäftigungspolitik, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht sowie atypische Beschäftigung eindämmt und damit soziale Sicherheit und Zukunftsplanung ermöglicht.

5. Stärkung von Arbeitnehmerrechten, Betriebs- und Personalräten sowie Gewerkschaften zur Verbesserung der Arbeitnehmermitbestimmung und der Tarifbindung in Unternehmen; Tarifbin-



dung in das zu überarbeitende Vergabegesetz

6. Weitere Begleitung einer unbürokratischen und passgenauen Umsetzung der Thüringer Beschäftigungsförderung insbesondere für Langzeitarbeitslose; Integration von jungen Benachteiligten, Geflüchteten, Menschen mit Behinderung und Alleinerziehenden

7. Umsetzung des Budgets für Arbeit auf der Grundlage des Bundesteilhabegesetzes durch Lohnkostenzuschüsse für Unternehmen zur nachhaltigen Beschäftigung von behinderten Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt (soziale Wirtschaftsbetriebe und Integrationsunternehmen unterstützen)

## Baumarten

Der Thüringer Waldzustandsbericht hat den besorgniserregenden Zustand der Buche deutlich gemacht. „Die Baumart, die in Thüringen in der Vergangenheit optimale Bedingungen fand und deshalb aufgrund ihrer Konkurrenzfähigkeit die Urwälder hier prägte, leidet offenbar enorm unter den gegenwärtigen Umwelteinflüssen“, erklärte Tilo Kummer, umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion. „Offensichtlich vertragen die Buchen die jetzt häufig auftretende massive Trockenheit im Frühling nicht. Nach dem bereits aufgetretenen krankheitsbedingten massiven Absterben von Ulmen und Eschen kann wohl nur eine gute Baumartenmischung Sicherheit für den Wald der Zukunft bedeuten.“

## Bus-Bahn-Netz

„Mit der im Dezember eingeweihten neuen Buslinie zwischen Eisenach und Mühlhausen wurden das Umsteigen zwischen Bahn- und Buslinien verkürzt, Städte und Gemeinden verschiedener Landkreise vernetzt sowie eine bessere Erreichbarkeit der ländlich geprägten Region zwischen den beiden Städten ermöglicht“, so Dr. Gudrun Lukin, Sprecherin für Verkehrspolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Zwei Millionen Euro zusätzlich setzt die rot-rot-grüne Landesregierung 2017 als Bonus für landesweit bedeutsame Buslinien ein. Diese müssen nicht nur wochentags mindestens acht Hin- und Rückfahrten anbieten, sondern auch Umsteigemöglichkeiten zum Zug.

## Kulturerbe

„Mit der Aufnahme des Eisenacher Sommergewinns, der Heiligenstädter Palmsonntagsprozession und des Altenburger Skatspiels in das deutsche Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes wird den kulturellen Traditionen Thüringens ein würdiges Denkmal gesetzt“, so Katja Mitteldorf, kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion, zur Mitteilung der Deutschen Unesco-Kommission. „Die ausgewählten Traditionen wurden nicht nur kontinuierlich von Generation zu Generation weitergegeben, sondern stehen eben auch ganz sinnbildlich für unseren kulturellen Reichtum, auf den wir mit Recht stolz sein dürfen. Diese Würdigung wird mithelfen, altüberlieferte Traditionen zu bewahren und zu fördern.“

## VON A BIS Z:

### Einzelfallprüfung

Auch nach Ablauf des so genannten „Weihnachtsfriedens“ erwartet die Flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Sabine Berninger, „dass aus Thüringen niemand in Eiseskälte, Obdachlosigkeit und Elend abgeschoben wird“. Die von Minister Dieter Lauringer anstelle eines Winterabschiebestopps präferierten humanitären Einzelfallprüfungen bedeuten, dass sorgfältig geprüft werden müsse, „wie die Verhältnisse für die konkret von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen betroffenen Menschen im Herkunftsland sind. Also, ob die Leute ein Dach über dem Kopf haben und mindestens das Existenzminimum gesichert ist. Es gibt eine ganze Reihe Herkunftsländer, in denen das für RückkehrerInnen nicht sicher ist.“

Für die besondere Einzelfallprüfung, die neben den Witterungsbedingungen auch eine mögliche besondere individuelle Schutzbedürftigkeit beinhalten muss, seien alle beteiligten Behörden verantwortlich. Führe sie „zu der begründeten Annahme, dass eine Abschiebung in das jeweilige Herkunftsland während der Wintermonate nicht zumutbar ist, können Betroffene und ggf. deren Kernfamilien bis zur Änderung der Verhältnisse gemäß § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG geduldet werden.“

Sabine Berninger hält die Erteilung einer solchen Duldung für zwingend notwendig, „wenn wir unserem Anspruch an eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik gerecht werden wollen.“

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die ersten Plenarsitzungen im neuen Jahr sind anberaumt vom 25. bis 27. Januar sowie vom 22. bis 24. Februar. Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

### Fachkonferenz:

„Streiten für offene, demokratische und soziale Hochschulen“ steht als Motto über der Fachkonferenz, zu der die Linksfraktion am Donnerstag, den 20. Januar, 10 bis 13 Uhr, nach Erfurt in den Landtag, Käte-Duncker-Saal (F 201), einlädt.

Nähere Informationen dazu sowie immer auf dem Laufenden im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## KURZ UND PRÄGNANT

### Rechtssichere und praxistaugliche Dienst-anweisung notwendig

Zur Information des Innenministeriums über die Zwischenergebnisse der Untersuchung zu den Telefonaufzeichnungen bei der Thüringer Polizei sagte Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion:

„Wie Ministerialdirektor Dr. Wolfgang Schmitt-Wellbrock darlegte, gab es tatsächlich unzulässige permanente Telefonaufzeichnungen. Die Zahl von Telefonapparaten, bei denen rechtlich unzulässig mitgeschnitten wurde, stellt sich als kleiner als bisher angenommen dar. So werden 13 Polizeitelefone beziffert, bei denen permanent mitgeschnitten wurde, auch wenn beispielsweise Bürger um Auskunft ersuchten. Bei den vom Grundsatz her rechtlich nicht zu beanstandenden Aufzeichnungen an den übrigen Telefonapparaten mit Aufzeichnungsfunktion seien aber auch Telefonate geführt worden, bei denen kein Rechtsgrund für eine Aufzeichnung vorlag. Da die mehr als 170.000 bei der Polizei in 180 Tagen gespeicherten Gespräche auch aus rechtlichen Gründen nicht untersucht werden konnten, kann nachträglich nicht bestimmt werden, in welchem Umfang Aufzeichnungen rechtswidrig erfolgten. Der Sonderermittler hält einen Missbrauch für abstrakt möglich, fand bei seinen Befragungen in der Polizei aber keine Anhaltspunkte dafür.“

Die Linksfraktion bedankt sich bei dem von Innenminister Holger Poppenhäger rasch eingesetzten Sonderermittler Schmitt-Wellbrock für dessen Arbeit im Rahmen der Untersuchung. Nach der im Frühjahr 2017 geplanten Vorlage des Abschlussberichtes samt seiner Empfehlungen können die Ergebnisse abschließend bewertet werden. Zur Software „Device Watch“ wurde dargelegt, dass diese durch eine externe Firma überprüft wurde. Das Programm sei grundsätzlich in der Lage, Mitarbeiterverhalten auszulesen, entsprechende Module seien jedoch bei der Polizei nicht aktiviert worden, auch ausweislich der Protokolle habe man keine rechtswidrigen Aktivitäten festgestellt.

„Wichtig für uns ist, dass die inzwischen außer Kraft gesetzte Dienst-anweisung zu Telefonaufzeichnungen, der ebenfalls Mängel attestiert werden, künftig durch eine überarbeitete datenschutzrechtlich korrekte Anweisung ersetzt wird, um auch Polizisten bei eingehenden Notrufen Handlungs-sicherheit zu geben und das Vertrauensverhältnis von Bürgern zur Polizei aber auch innerhalb der Polizei zu stärken“, so der Abgeordnete. ■

# Eisenacher Wohnungstour

Ute Lukasch und Kati Engel waren mit Eisenacher LINKEN bei AWG und SWG

Im Dezember waren Vertreter der Eisenacher LINKEN und ihrer Stadtratsfraktion sowie die für den Wahlkreis zuständige Landtagsabgeordnete Kati Engel zusammen mit der wohnungspolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion, Ute Lukasch, in der Stadt unterwegs, um mehr über den Wohnungsbau und die Wohnsituation in und um Eisenach in Erfahrung zu bringen.

Sie kamen sowohl mit der Geschäftsleitung der Wohnungsgenossenschaft als auch mit der kommunalen Wohnungsgesellschaft ins Gespräch, um schlussendlich ihre Erfahrungen mit den Mitgliedern der Stadtratsfraktion auszuwerten und zu diskutieren. „Es war spannend, die Vor- und Nachteile beider Unternehmensformen einmal so direkt gegenüberzustellen und zu beleuchten“, resümierte Kati Engel die Gespräche.

Die AWG, Allgemeine Wohnungsbau-genossenschaft Eisenach eG, blickt auf ein über 60jähriges Bestehen zurück. In den 50er Jahren begannen die Gründungsmitglieder als AWG des Automobilwerkes Eisenach mit dem Bau von Reihenhäusern. Zunächst ging es nur darum, in der entbehrungsreichen Nachkriegszeit ein Dach über dem Kopf zu schaffen. Diesem bescheidenen Wunsch der Gründerjahre folgte sehr schnell der Ruf nach einem immer attraktiveren aber auch preiswertem Wohnen. Derzeit gehören 2.803 Wohnungen in Eisenach, Creuzburg, Ifta und Mihla zum genossenschaftlichen Bestand sowie zehn Einheiten, die zu gewerblichen Zwecken genutzt werden. „In den letzten Jahren haben wir

gemerkt, dass die Wohnungsverwaltung immer fachspezifischer wurde“, erklärte der Geschäftsführer Jürgen Klippsten. „Wir haben daher größere Einheiten geschaffen, die auch durch die AWG betreut werden. So erledigen wir zum Beispiel auch die kaufmännische Verwaltung der WBG Bad Berka.“

Ziel ist es aber auch, den Mitgliedern

wohl die Wohnungsgenossenschaften als auch wir wünschen uns noch mehr Nutzung des Mitspracherechtes der Mitglieder, damit sie über die Höhe der Miete sowie über anstehende Investitionen und Modernisierungen selbst entscheiden können“, so die Abgeordnete Kati Engel. „Die Geschäftsprozesse und Geldströme der Genossen-

schaften werden gegenüber ihren Mitgliedern vollständig offengelegt und sollten mehr hinterfragt werden.“

**842.000 Euro Gewinn werden an die Stadt abgeführt**

Dagegen wurde die Städtische Wohnungsgesellschaft (SWG) Eisenach 1991 als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet. Sie errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Gegenstand des Unternehmens ist die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Die SWG kann außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen und



mehr als ein schönes Wohnen zu bieten. So organisiert der Genossenschaftsbeirat zum Beispiel Wanderungen, Betriebsbesichtigungen, Computerkurse oder Sportgruppen. „Natürlich unterstützen wir als LINKE die demokratischste Form des Wohnens. So

auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Im Gegensatz zur AWG steht die SWG unter einem höheren wirtschaftlichen Druck.

„Wir haben mit Eisenach vereinbart, jährlich 842.000 Euro Gewinn an die Stadt abzuführen“, erläuterte der Geschäftsführer Wilhelm G. Wagner. „Genau hier liegt der Vorteil eines kommunalen Unternehmens. Die Stadt generiert nicht nur Mieteinnahmen, sie sammelt auch wieder etwas von dem ein, was sie jedes Jahr für die Kosten der Unterkunft (KdU) ausgibt“, erläuterte die Wohnungspolitikerin Ute Lukasch. „Die Kommunen erhalten hierdurch wieder Handlungsspielräume: Wohnungssuchende, von Wohnungslosigkeit Bedrohte, Schutzsuchende bei häuslicher Gewalt oder einfach ‘Neu-Eisenacher’ finden bezahlbaren und angemessenen Wohnraum. Zudem weist ein potenter kommunaler Wohnungsanbieter mit einem umfassenden und bezahlbaren Wohnungsangebot die privaten ‘Mietvorstellungen’ wieder in die Schranken.“

Am Ende des Tages waren sich alle Beteiligten einig, dass sowohl der öffentliche als auch der genossenschaftliche Wohnungsbau mehr gefördert werden müssen sowie auch die ökologisch-energetische Sanierung bestehender Wohnungen. „Es ist schön zu sehen, dass es in Eisenach beiden Unternehmensmodellen so gut geht und sie ihren Platz in der Stadt gefunden haben, das ist bei weitem nicht immer so“, fasste Ute Lukasch ihre Eindrücke des Tages zusammen. ■

## „120-Jahr-Feier“ in der Linksfraktion



Barbara Glaß, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, und André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion, hatten zur „120-Jahrfeier“ eingeladen. Barbara hatte Ende vergangenen Jahres ihren 60. Geburtstag, André jetzt zu Beginn des neuen. Zahlreiche Gratulanten waren gekommen, nicht nur aus der Landtagsfraktion und ihrem Umfeld, auch aus der Stadt Erfurt, denn beide sind im Ehrenamt Stadträte.

Der PDS bzw. LINKEN im Landtag sind sie ebenfalls bereits langjährig beruflich verbunden. André Blechschmidt seit 26 Jahren, Abgeordneter seit 2004. Dr. Barbara Glaß hat als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Jahr 2000 ihre Tätigkeit vor allem im umweltpolitischen Bereich begonnen. Foto: Peter Lahn ■

## DAS THEMA

Als Motto der 2. Meininger Energiekonferenz auf Einladung des energiepolitischen Sprechers der Linksfraktion, Steffen Harzer, wurde diesmal „Wärmeenergie – der schlafende Riese bei erneuerbaren Energien“ gewählt. „Wenn dieses Thema angesprochen wird, meint man im Allgemeinen Elektroenergie, aber die Einsparpotenziale im Wärmesektor sind enorm“, betonte Steffen Harzer in seinen Begrüßungsworten und erhielt mehrfach Zustimmung in den darauffolgenden Vorträgen.

Den Anfang des Vortragsreigens der Veranstaltung, die am 10. Dezember in den Räumen des Berufsbildungs- und Technologiezentrums (BTZ) in Rohr stattgefunden hatte, machte die u.a. für Energiefragen zuständige Ministerin Anja Siegesmund, die auf die hohe Bedeutung der kommunalen und regionalen Ebenen bei der Umsetzung von Wärmeenergieprojekten einging. Die Bereitschaft bei Akteuren sei sehr lobenswert, andererseits würde ein häufiges Ringen um die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen mit der Bundesebene erforderlich sein. Beispiele seien das Erneuerbare-Energiengesetz, das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz oder die ungleiche Belastung durch Netzentgelte. Nach der Kurzdarstellung Thüringer Förderprogramme, wie „SolarInvest“ oder „GreenInvest“, lud sie schon mal in den Klima-Pavillon als „Symbol für Dialog, Transparenz, Nachhaltigkeit und Klima- und Umweltschutz“ im Rahmen der 4. Landesgartenschau vom 29. April bis 24. September 2017 in Apolda ein.

### „Azubis als Energie-Scouts“ in Unternehmen

Der Geschäftsführer der SWE Energie GmbH Erfurt, Karel Schweng, erläuterte die Beiträge der Stadtwerke zur Umsetzung des Erfurter Klimaschutzkonzeptes, wobei maßgeblich auf den Fortbestand der Kraft-Wärme-Kopplung gesetzt werde. Positiv wertete er das für den Ausbau von Fernwärmenetzen unterstützende wirkende Landesprogramm „Energieeffizienz auf Quartierebene“. Mit dem „Erfurter Modell“, basierend auf vier konzeptionellen Säulen, sei die notwendige CO<sub>2</sub>-Reduzierung am wirtschaftlichsten und effektivsten erreichbar. Erwähnung fand ebenso das Projekt Erfurt-Marbach zur Kopplung von Solarthermie-Komponenten und Speichern. Nach der gegenwärtigen Planungsphase sei die Errichtung von Demonstrationsanlagen ab 2018 und nach Auswertung die Prüfung auf Verwertbarkeit für weitere Quartiere vorgesehen.

Weiter in die Zukunft blickte Prof. Dr. Ing. Viktor Wesselak vom Institut für regenerative Energietechnik an der Hochschule Nordhausen. Er verwies auf eine Studie des Fraunhofer Institutes „Energiesystem Deutschland 2050“, in der verschiedene Szenarien zur Vernetzung von Sektoren und von Anteilen unterschiedlicher Energie-

# Wärmeenergie - schlafender Riese

## Von der 2. Meininger Energiekonferenz der Linksfraktion

quellen unter dem Aspekt, die volkswirtschaftlichen Kosten sehr gering zu halten und den Strombedarf bundesweit um 25 Prozent zu senken, betrachtet wurden. Als Optimum habe sich ein Energiesystem aus 77 Prozent erneuerbaren Quellen, sechs Prozent konventionellen Kraftwerken und 17 Prozent Kraft-Wärmekopplung ergeben.

Der Abteilungsleiter Innovation, Umwelt, International der IHK Südthüringen, Hartmuth Röser, gab einen Einblick in Projekte zur Nutzung von Industriewärme, insbesondere von Abwär-

geber keine verpflichtenden Auflagen bestünden. Ebenso würde das Landesförderprogramm „GreenInvest“ für Handwerker kaum anwendbar sein. Umso wichtiger seien handwerkliche Kooperationen, wie z. B. die Südthüringer Fachwerk- und Altbauanierungsgenossenschaft e. G.

Im Nachgang reagierte Steffen Harzer auf die kritischen Äußerungen, indem er ankündigte, den Versuch einer Klärung der Probleme auf Landesebene starten zu wollen.

Den letzten Fachvortrag hielt der Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Ralph Lenkert, der mit Nachdruck verlässlichere Rahmenbedingungen für die Energiewende einforderte. Darüber hinaus sollten alle erdenklichen Potenziale an erneuerbaren Energiequellen ausgeschöpft werden, auch, um einen weiteren Netzausbau weitgehend zu vermeiden.

Im Nachgang der Veranstaltung, die wiederum von hoher Fachlichkeit geprägt und maßgeblich durch Steffen Harzers Wahlkreismitarbeiter, Holger Auerswald, vorbereitet wurde, sollte die leider äußerst geringe Beteiligung nicht unerwähnt bleiben. Auch deshalb schon jetzt die Ankündigung der nächsten Energiekonferenz am 18. November 2017. Die Fraktion wünscht sich hierfür ein größeres Interesse.

Dr. Barbara Glaß



me aus verschiedenen Prozessen, wobei jedoch die Vermeidung von Abwärme Priorität habe. „Azubis als Energie-Scouts“ z.B. betätigten sich als „Spürnasen“ in Unternehmen, indem sie Energieeffizienzpotenziale ausfindig machten. Zusammen mit der Universität Kassel sei ein Leitfaden zur solaren Prozesswärme entwickelt worden.



Kernbotschaft des Vortrages: Der Wärmemarkt spielt eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Energiewende.

Aktivitäten des Handwerks zeichnete Michael Bickel als Beauftragter für Innovation und Technologie der Handwerkskammer Südthüringen nach. „Handwerker sind Leistungserbringer, u.a. auch für Energieeffizienzmaßnahmen im Baubereich entsprechend der Energieeinsparverordnung (ENEV)“. Problematisch in diesem Zusammenhang sei jedoch, dass für die Auftrag-

„Industrie, Handwerk und Politik gemeinsam für die Energiewende“, so der Titel der abschließenden Podiumsdiskussion (moderiert durch Sebastian Haak, M.) mit dem Energiepolitiker der Landtagsfraktion Steffen Harzer, dem Bundestagsabgeordneten Ralph Lenkert sowie Hartmuth Röser, Abteilungsleiter Innovation, Umwelt, International der IHK Südthüringen, und Michael Bickel, Beauftragter für Innovation und Technologie der Handwerkskammer Südthüringen (v.l.). Fotos: Peter Lahn

## KURZ UND PRÄGNANT

### Kammern beteiligen sich konstruktiv

„Die Wirtschaftskammern und die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit machen mit ihrem Kreisgebietsreformvorschlag deutlich, dass man zur Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform auch anders agieren kann als die CDU-Blockade- und Verweigerungsopposition“, so MdL Frank Kuschel. Der Vorschlag stelle eine solide Grundlage für die weitere Diskussion dar, entspreche den Vorgaben des Vorschaltgesetzes und müsse nun ernsthaft geprüft werden.

„Wir stehen ihm offen gegenüber. Es ist allerdings an der Zeit, dass die von der aktuellen Initiative betroffenen Landkreise, in denen überall Beschlüsse zum Erhalt ihres Landkreises in der jetzigen Struktur verbunden mit Klageverfahren gegen das Vorschaltgesetz gefasst worden sind, ihre Haltung überdenken und sich endlich offen und konstruktiv zu den nunmehr vorliegenden Kreisgebietsreformvorschlägen verhalten“, betonte der LINKE-Abgeordnete.

### „Mitbestimmung zukunfts fest gestalten“

Vor dem Hintergrund der 6. Thüringer Personal- und Betriebsrätekonferenz, die am 16. Dezember auf der Erfurter Messe stattgefunden hatte, sagte Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Personal- und Betriebsrätekonferenzen sind ein wichtiger Baustein, auch um mit Wirtschaft und Politik in den Dialog treten zu können.“

Beim Thema Mitbestimmung setzte die Landesregierung bereits auf Bundesebene Impulse, indem sie gemeinsam mit anderen Bundesländern den Antrag „Mitbestimmung zukunfts fest gestalten“ in den Bundesrat eingebracht habe. In der Initiative wird darauf gedrungen, jedweder Aushöhlung der Mitbestimmung im Rahmen der rasanten Umgestaltung der Wirtschaftslandschaft wirksam entgegenzuwirken. Gleichfalls wird die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert.

Der Abgeordnete begrüßte dieses hohe Engagement der Landesregierung ausdrücklich und verwies zugleich darauf, dass gerade im Bereich der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst auch in Thüringen noch Änderungsbedarf bestehe: „Ich gehe auch davon aus, dass die Landesregierung das gleiche Engagement an den Tag legt, wenn es zu Beginn dieses neuen Jahres 2017 um ein neues modernes Thüringer Personalvertretungsgesetz gehen wird“, so Rainer Kräuter.

## „Wider dem Gänsebraten“

Erstmals wieder seit 2010 führte der Landessportbund Thüringen unter dem Titel „Wider dem Gänsebraten“ sein „legendäres“ Fußballturnier mit Mannschaften aus dem Thüringer Landtag, den Ministerien und von Sportorganisationen selbst am 16. Dezember in der Erfurter Thüringenhalle durch.

Nach dieser langen Fußballabstinenz war es sehr erfreulich, dass sich fünf teilnehmende Mannschaften gefunden hatten, um die Tradition der sportlichen Vergleiche wieder aufleben zu lassen. Darunter war auch eine Mannschaft unserer LINKEN Landtagsfraktion. Weitere Teilnehmer waren die Thüringer Staatskanzlei, der Thüringer Fußballverband, die CDU-Landtagsfraktion und der Landessportbund Thüringen. So hatte am Ende jede Mannschaft vier Spiele zu absolvieren. Dem einen oder anderen Spieler (oder auch Spielerin) merkte man schon die wohl fehlende Spielpraxis an. Diese wurde aber durch kämpferischen Einsatz ausgeglichen. Hervorzuheben ist, dass unsere Mannschaft neben der des Landessportbundes die einzige war, die in jedem Spiel als gemischte Mannschaft aufgelaufen



ist. Nach großem Einsatz musste die LINKE dieses Mal die spielerische Überlegenheit der anderen Mannschaften anerkennen und dem Trainingsrückstand Tribut zollen. Das soll sich aber nach dem Willen aller Beteiligten im nächsten Jahr ändern.

Sieger wurde nach spannenden Spielen die Mannschaft des Thüringer Fußballverbandes, gespickt mit ehemaligen erfolgreichen Spielern von Rot-Weiß Erfurt (Anm., vielleicht soll-

ten sie die derzeitige Mannschaft unterstützen), vor der Thüringer Staatskanzlei und der CDU-Landtagsfraktion.

In gemütlicher Runde im Haus des Thüringer Sports endete ein erfolgreicher Nachmittag mit der Gewissheit einer Wiederholung im nächsten Jahr. Mein herzlicher Dank gilt allen, die zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben.

*Knut Korschewsky, sportpolitischer Sprecher der Linksfraktion* ■

## Alternative 54 e.V. spendete 2016 mehr als 89.000 Euro

Die Alternative 54 Erfurt e.V., der Verein der Landtagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE, hat im Dezember an weitere 26 Vereine Spenden in Höhe von insgesamt 10.100 Euro ausgereicht. Wie die Vorsitzende des Vereins, die Abgeordnete Diana Skibbe, informierte, wurden damit in diesem Jahr insgesamt 233 Projekte und Vor-

haben Thüringer Vereine und Verbände finanziell unterstützt. „Dabei liegen unsere Schwerpunkte nach wie vor in der Hilfe für die Kinder- und Jugendarbeit, der Förderung von Initiativen im kulturellen und sportlichen Bereich sowie der nachhaltigen Begleitung sozialer Projekte“, sagte Diana Skibbe. So wurden im Dezember z.B. die Jugendarbeit

des Feuerwehrvereins Orlamünde, ein Theaterprojekt des Jenaer Vereins Lesesezeichen, die Teilnahme an Weltmeisterschaften des Rollschnelllaufvereins RSV Blau-Weiß Gera sowie die Anschaffung von Trainingsbekleidung und Sportmaterialien des SV Wacker 04 Bad Salzungen unterstützt.

Aus Protest gegen die automatische Diätenerhöhung nach Artikel 54 der Landesverfassung – eine Klage der Fraktion war leider nicht erfolgreich – haben im Jahr 1995 die Landtagsabgeordneten der PDS den Verein Alternative 54 Erfurt e.V. gegründet, der Gelder aus den Diäten-Erhöhungen als Spenden gemeinnützigen Vereinen, Initiativen und Projekten zukommen lässt.

Seit Gründung des Vereins vor 21 Jahren wurden mehr als 1.156.821 Euro aus den Abgeordneten-Diäten gespendet. ■

## Für Gesundheitssport-Projekt

Einen Förderscheck der Alternative 54 über 300 Euro überbrachte der Landtagsabgeordnete Frank Kuschel (DIE LINKE) am 12.12.2016 dem Karateverein Dröbnitz e.V. in Blankenhain. Mit dem Geld wird das Projekt Gesundheitssport des Vereins unterstützt. Eine spezielle Trainingsgruppe vor allem für Späteinsteiger, Ältere und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen widmet sich dem Kenko Kempo Karate.

Die gesundheitsorientierte Kampfkunst verbindet das Training traditioneller Techniken aus dem Karate und verwandter Kampfkünste mit Übungen zur Konzentration und Harmonisierung der Energie, die vor allem aus dem Qi Gong und dem Tai Chi stammen. Frank Kuschel, der den Verein seit 2007 unterstützt, konnte sich beim Training vom großen Engagement der Teilnehmerin-



nen und Teilnehmer, die älteste Karate-sportlerin des Vereins ist über 70, überzeugen. Das spezifische Training und die besondere Zielgruppe verlangen gut ausgebildete Übungsleiter. Mit Unterstützung der Alternative 54 hatte sich im vergangenen Jahr ein Mitglied des Karatevereins Dröbnitz zum Übungsleiter B Präventionssport des Deutschen Olympischen Sportbundes qualifiziert.

Foto: Frank Kuschel übergibt einen symbolischen Förderscheck der Alternative 54 an den Vereinsvorsitzenden Michael Eberhardt (re.) und Trainer Stefan Wogawa. ■

## Nebenbei NOTIERT

von Annette Rudolph

### Stefan sei Dank

Seit Jahren war Stefan Wogawas Kolumne unter der Rubrik „Nebenbei notiert“ und früher „Das Letzte“ eine feste Größe auf dieser Seite des Parlamentsreports der LINKE-Landtagsfraktion. Und, wie uns immer wieder bestätigt wurde, eine sehr gern gelesene. Stefans „spitze Feder“, mit der er politische Nebensachen, die aber eigentlich oft Hauptsachen waren, auf den berühmten Punkt brachte, werden wir vermissen, denn zu Jahresbeginn hat er eine neue Tätigkeit beim Sozialministerium aufgenommen.

Auch dort wird er in dieser und jener Form in die Öffentlichkeit wirken. Der Landtagsfraktion gehörte er seit 1999 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an. Dass wir 2015 auch seine Promotion mit ihm feiern konnten, sei ebenfalls und nicht nur „nebenbei notiert“.

Mir bleibt nur, Dank zu sagen für seine stets verlässliche, selbst aus dem Urlaub heraus pünktlich vor Redaktionsschluss und in bester Qualität abgegebenen Beiträge. Ich kann mich nur an ein oder zwei Fälle erinnern, wo es Stefan dann doch nicht möglich war, „zu liefern“. Ich dachte, da lag er im Fieber Zuhause. Dass wir auch künftig nicht völlig auf seine „Handschrift“ verzichten müssen, er bei passenden Gelegenheiten mit Gastbeiträgen aufwarten lässt, das hat er versprochen.

Aber was wird nun mit unserem „Nebenbei notiert“? Komplette darauf verzichten, nein, das ist keine Option, meine ich und will versuchen, die Rubrik aufrecht zu erhalten. Die Themen liegen ja eigentlich auf der Straße. Politik vergaloppiert sich immer wieder, Protagonisten schießen übers Ziel hinaus. Manches ist zum Schmunzeln, vieles aber schlicht ärgerlich oder unterirdisch, gehört angefasst und aufgespießt. In diesem und in Stefans Sinne machen wir weiter und laden Ambitionierte herzlich ein, sich an dieser Stelle mit einzubringen. ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)  
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.